

*Dipl. Kfm. Dr. Dr. Silvio Ernst Unterguggenberger*

Die Rolle der  
***Kybernetik***  
als Weg aus der  
***Wirtschaftskrise***

Ein Plädoyer für die  
freie soziale Marktwirtschaft

Synergia 

Die Rolle der Kybernetik als Weg aus der Wirtschaftskrise

Dipl. Kfm. Dr. Dr. Silvio Ernst Unterguggenberger

# Die Rolle der Kybernetik als Weg aus der Wirtschaftskrise

Ein Plädoyer für die freie soziale Marktwirtschaft als Essay

Synergia 

1. Auflage, 2013

Veröffentlicht im Synergia Verlag, Erbacher Straße 107,

64287 Darmstadt, [www.synergia-verlag.de](http://www.synergia-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 2012 by Synergia Verlag, Darmstadt

Umschlaggestaltung, Gestaltung und Satz: FontFront.com, Darmstadt

Printed in Germany

ISBN-13: 978-3-93927-273-1

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliografie;

detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

# Inhalt

<b>1. Vorwort</b>	<b>11</b>
<b>2. Der Anlass für diese Arbeit</b>	<b>13</b>
<b>3. Die freie soziale Marktwirtschaft - der Weg in die Zukunft</b>	<b>19</b>
<b>4. Die Nationalökonomie als Ganzheit, probabilistisches System und Entscheidungsfeld der Politik</b>	<b>25</b>
<b>5. Die Kybernetik, ihre Ziele und Begriffe</b>	<b>35</b>
5.1 Allgemeines	35
5.2 Wesen und Grundbegriffe der Kybernetik	36
5.2.1 Entwicklung und Begriff der Kybernetik	36
5.2.2 Die kybernetischen Systeme	40
5.2.3 Regelkreis und Rückkopplung	40
5.2.4 Homöostasie und Ultrastabilität, Entropie und Komplexität	44
5.2.5 Der kybernetische Informationsbegriff	47
5.2.6 Der »Schwarze Kasten«	48
5.3 Kybernetische Aspekte der Volkswirtschaft	53
5.3.1 Die Volkswirtschaft als Organismus	53
5.3.2 Die Volkswirtschaft als zielgerichtetes System	56
5.3.3 Führung einer Volkswirtschaft als Rückkopplungsprozess	59
5.3.4 Die Organisation der Volkswirtschaft als zielgerichtetes System von Regelkreisen	62

5.3.5 Die kybernetischen Prinzipien der Volkswirtschaft	67
5.3.5.1 Das Streben der Volkswirtschaft nach Ultrastabilität	67
5.3.5.2 Finanzielles Gleichgewicht und Homöostase	69
5.3.5.3 Planung und Regelung	71
5.3.5.4 Das Substitutionsprinzip der Organisation als kybernetische Aufgabe	72
5.3.5.5 Organisation und Führung	74
5.3.5.6 Zufall und Notwendigkeit	76
<b>6. Nationalökonomie und Kybernetik</b>	<b>79</b>
6.1 Grundsätzliche Feststellungen zu den Aufgaben der Leitungsstufen einer Nationalökonomie	79
6.2 Systemtheoretische Erläuterungen der Aufgaben der Leitungsstufen einer Nationalökonomie als dreistufiges System von Regelkreisen	83
6.2.1 Das Gesetz der erforderlichen Varietät und sein Zusammenhang mit Problemen der Regelung	84
6.2.1.1 ASHBYS Gesetz der erforderlichen Varietät	84
6.2.1.2 Störvarietät und Transformationsmatrix	87
6.2.1.3 Entropie als Maßstab für Varietät	88
6.2.1.4 SHANNONS Äquivokation	91
6.2.1.5 Der Mensch und die Varietät	91
6.2.1.6 Die hierarchische Struktur eines Systems von Regelkreisen	93
6.2.1.7 Information und Organisation	98
6.2.1.8 Die Stufenfreiheit einer komplexen Organisation	99
6.2.1.9 Zielhierarchie und Zielkonflikte im System der Nationalökonomie	102

6.3 Zielsystem und Regler der 1. Leitungsstufe – Parlament – Bundesrat – Regierung	104
6.3.1 Der Bereich der Realwirtschaft	104
6.3.1.1 Allgemeines	104
6.3.1.2 Das Zielsystem und dazu passende Erläuterungen und Verweise	109
6.3.1.2.1 Dr. Andreas Paulsen (Berlin 1965)	110
6.3.1.2.2 Univ.Prof. Dr. Felix G. Binn (Mönchengladbach, 1983)	112
6.3.1.2.3 Dr. O. Blanchard und Dr. G. Illing (München 2004)	115
6.3.1.2.4 Die EU-Staaten am Beispiel Österreich (2005 – 2008) nach J. Docekal, D. Lasinger und G. Halusa	117
6.3.2 Der Bereich der Finanzwirtschaft	118
6.3.2.1 Allgemeines	118
6.3.2.2 Regler und Ziele (Aufgaben)	120
6.3.2.3 Aufgabenverteilung in der EU	133
6.4 Zielsystem und Regler der 2. Leitungsstufe	141
6.4.1 Allgemeines	141
6.4.1.1 Haushaltsplan 2010 Nordrhein-Westfalen	143
6.5 Zielsystem und Regler der 3. Leitungsstufe – Bürgermeister und Gemeinderäte	144
<b>7. Die Grenzen der Kybernetik infolge des beschränkten Rechtsrahmens einer Nationalökonomie und das Problem der EU wegen ihres noch immer mangelhaften Rechtsrahmens</b>	<b>149</b>
7.1 Abschließende Feststellungen	167
<b>8. Literaturverzeichnis</b>	<b>171</b>
<b>9. Anhang</b>	<b>179</b>
<b>10. Curriculum Vitae Authoris</b>	<b>219</b>

# 1. Vorwort

Die Ereignisse der Jahre 2008, 2009 und 2010, die eine außergewöhnliche Krise der internationalen Real- und Finanzwirtschaft mit sich brachten, veranlassten mich über die Ursachen und Folgen dieser Krise nachzudenken und ich erinnerte mich dabei daran, dass ich im Jahre 1957 an der Hochschule für Welthandel in Wien an der Lehrkanzel für Nationalökonomie bei **Univ.-Prof.Dr. Walter Heinrich** meine Diplomarbeit über ein besonderes Ereignis während der Weltwirtschaftskrise zu Anfang der 30-er Jahre des 20. Jahrhunderts verfasste und mich seither als »Nationalökonom« bezeichnete.

Da es mein Vater, **Michael Unterguggenberger**, war, der als Bürgermeister der **Stadt Wörgl in Tirol** in den Jahren 1930 und 1931 den berühmten »Freigeldversuch von Wörgl« unternahm und sich dabei auf die Arbeiten von **Silvio Gesell** stützte, war ich bereits als Jugendlicher mit den Fragen und Problemen der Nationalökonomie befasst. Im »**Wörgler Heimatbuch**«, das 1998 erschien, habe ich das »Freigeldexperiment von Wörgl« ausführlich beschrieben. In den Jahren von 1961 bis 1967 arbeitete ich als freigewählter Landessekretär des Wiener Akademikerbundes, also als ehrenamtlicher Funktionär, mit dem Juristen und Philosophen **Dr. Christof Günzl** auf freundschaftlicher Basis eng zusammen und hatte dabei die Ehre meine Kenntnisse der Nationalökonomie in die gemeinsame Arbeit einzubringen. Ich habe als Co-Autor an der Abfassung der veröffentlichten Arbeit »Der freie Mensch in der sozialen Marktwirtschaft« mitgewirkt und verdanke auch Dr. Günzl erste Hinweise auf die mir damals unbekanntes junge Wissenschaft von der Kybernetik. Im Jahre 1974 dedizierte mir Dr. Günzl »in freundschaftlicher Verbundenheit« sein Werk »Das neue Denken«. Es versteht sich daher von selbst, dass ich nun im 21. Jahrhundert auf die Leistungen meines leider viel zu früh verstorbenen Freundes zurückkomme und versuche, die Erinnerung an sie zu bewahren.

Es liegt auch nahe, dass ich mich nun, nachdem ich 1971 an der Universität van Amsterdam mit einer Kybernetikdissertation promovierte und mich damit nach niederländischem Recht habilitierte und als



Lehrbeauftragter an der Bergischen Universität in Wuppertal und an der Wirtschaftsuniversität in Wien realwirtschaftliche Systeme kybernetisch interpretierte, wobei das Thema meines Lehrauftrages in Wien »Konzernmanagement« lautete, mit dem der Bedeutung der Kybernetik für die Nationalökonomie auseinandersetzte. Dabei stieß ich auf Zusammenhänge, die - soweit mir bekannt - bisher in der nationalökonomischen Literatur noch nicht beschrieben wurden.

Durch die vorliegende Arbeit sollen nicht nur den mit nationalökonomischen Problemen befassten Politikern und Bankfachleuten, sondern auch den wissenschaftlich Arbeitenden Anregungen geboten werden. Die Betrachtung und Einschätzung der Nationalökonomie soll um eine neue gedankliche Dimension erweitert werden, um neue Krisen - wie die gegenwärtige - und neue wirtschaftspolitische Fehler nach Möglichkeit zu vermeiden.

*Wien, am 1. Februar 2013*

*Dkfm. Dr. Dr. Silvio Ernst Unterguggenberger*

## 2. Der Anlass für diese Arbeit

Diese Arbeit bezweckt keinesfalls, neue nationalökonomische Theorien zu entwickeln. Solche Theorien wurden 300 Jahre lang entwickelt und mit unterschiedlichen Erfolgen praktiziert. Es schadet auch niemand, sich mit einigen dieser Theorien näher auseinanderzusetzen, um vielleicht im Falle eines konkreten Problems eine Antwort auf die sich dabei stellenden Fragen zu finden.

Keine Antwort findet man allerdings in all den während 300 Jahren entstandenen Bibliotheken an nationalökonomischer Literatur auf die Frage, wie es bei all diesen Kenntnissen und diesem Wissen so weit kommen konnte, dass die ganze Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts vor der größten Wirtschafts- und Finanzkrise der Geschichte steht und die ganze Menschheit verängstigt in die Zukunft blickt. Das US-Magazin »Time« nennt die erste Dekade des 21. Jahrhunderts »ein Jahrzehnt der Hölle«. Die Zeitschrift Format (Nr. 51/52, 18.12.2009) erläutert die dramatischen Ergebnisse der letzten Phase des »Jahrzehnts der Hölle« wie folgt:

### Wirtschaftswachstum in 2009:

EU-15	Neue EU-Länder	Russland	Südosteuropa
-4,2%	-3,7%	-7,0%	-3,7%

Lateinamerika	Japan	Kanada	USA
-2,1%	-5,6%	-2,4%	-2,5%

14,5 Billionen Dollar Wert der während der Krise in Konkurs gegangenen Konzerne.

3,4 Billionen Dollar 2010 noch offener Abschreibungsbedarf der Finanzinstitute.

2,0 Billionen Dollar Summe der Konjunkturpakete der G-20 Länder bis 2011.

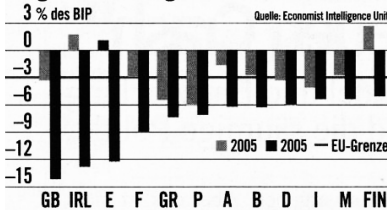
112 Milliarden Dollar Boni und Gehälter der größten 6 US-Banken 2009.

400 pleitegefährdete US-Banken 2010 (Pleiten 2009: 124)

20 Millionen Arbeitslose mehr verursacht die Krise in OECD-Ländern bis Ende 2010.

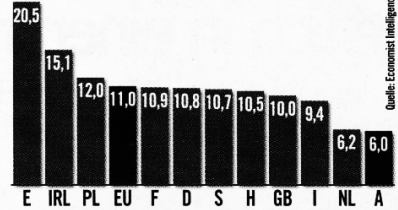
## Europa: Gefährliche Krisenkosten

Budgetdefizite-Prognose 2010 (in % des BIP)



HYPOTHEK FÜR DIE ZUKUNFT. Bankenrettungen und Konjunkturpakete trocknen die Budgets aus.

Arbeitslosenraten-Prognose 2010 (in %)



ARBEITSLOSIGKEIT. Der zarte Aufschwung bringt 2010 keine neuen Arbeitsplätze – im Gegenteil.

Laut »Money.at« vom 22.12.2009 gab es in Österreich im Jahre 2009 jeden Tag 25 private Pleiten, insgesamt 6.900 Insolvenzen von Unternehmen und 28.400 Personen verloren ihren Arbeitsplatz. Der Insolvenzexperte des Kreditschutzverbandes von 1870, Hans Georg Kantner, warnt davor, dass es 2010 noch schlimmer wird.

Am 2.2.2010 berichtete »Money.at« weiter, dass es bereits »mehr als 400.000 Arbeitlose in Österreich« gebe, genauer, dass 402.692 Personen inklusive Schulungen »ohne Job« seien, was gegenüber Jänner 2009 einer Zunahme um 13,4% gleichkomme.

In Bezug auf die USA berichtete »Money.at« außerdem:

„Schock-Zahlen in Barack Obamas 2011- Budget: Defizit explodiert auf 1,56 Billionen.“

Mit Ausgaben von 3.830 Milliarden Dollar prognostizierte US-Präsident Obama ein Budgetdefizit von 1.560 Milliarden, ärger als das heutige Loch im Etat von 1.410 Milliarden. Grimmig auch der Ausblick: Bis 2015 dürften die USA 5,8 Billionen an neuen Schulden anhäufen. Niedrige Steuereinnahmen durch die Krise und teure Konjunkturpakete führen zum Budget-GAU.

In dieser Lage erinnert man sich der römischen Definition des Menschen:

»Homo est ens quaerens cur«, also

»Der Mensch ist ein Wesen, das nach dem Warum frägt«.

Dementsprechend hat sich auch ein kritischer Österreicher, nämlich Herr **Winfried Schuberth**, sehr erfolgreich mit dieser Warum-Frage befasst und mit drei überzeugenden Arbeiten bereits aus den Jahren 2003, 2004 und 2010 eine erste Antwort gefunden. Die Titel dieser Arbeiten lauten:

»Globalismus, die Walze  
Liberalismus, der Motor  
Kapitalismus, der Treibstoff«  
und  
»Selbstbestimmung oder Globalisierung«  
und  
»Banken, Schulden, Pleiten«

Auf diese Arbeiten wird verwiesen<sup>1</sup>, weil hier nicht der richtige Ort ist, die historischen und politischen Gründe der Wirtschafts- und Finanzkatastrophe näher zu erörtern. Hier soll vielmehr aufgezeigt werden, wie Derartiges in Zukunft durch neue Wege und Methoden bei der Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen vermieden werden könnte.

Sollte jemand den Verweis auf die vorgenannten Arbeiten aus beliebigen Gründen als nicht ausreichend erachten, so wird er/sie eingeladen, sich mit der nachfolgend angeführten Literatur zur »Warum-Frage« zu befassen:

---

1 Sondernummer 10a - 03 Fakten, A-2100 Korneuburg, Postfach 90 und Sondernummer 10a - 04 Fakten, A-2100 Korneuburg, Postfach 90

**The Financial Crisis, Inquiry Report von Phil Angelides (Ursachen der Finanzkrise, Bericht der US-Kommission), Washington, January 2011**, dort heißt es<sup>2</sup>: »Gier und Tatenlosigkeit, jetzt liegt der Bericht der US-Kommission zur Finanzkrise vor. Ihre Warnung: Die Krise kann sich jederzeit wiederholen. Das Urteil dieser von Barak Obama eingesetzten Kommission kann man nicht anders bezeichnen als »durch und durch vernichtend«. Am Donnerstag wurde in Washington der Abschlussbericht vorgelegt. Auf 633 Seiten ist zu lesen, welchen Schluss die Kommission nach eineinhalb Jahren Untersuchung und der Befragung von mehr als 700 Zeugen zieht: Die ausschlaggebenden Faktoren für die Finanzkrise im Jahr 2008, die zur ärgsten Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren geführt hatte, waren »Gier, Missmanagement und Tatenlosigkeit«, heißt es in dem Bericht. Es habe einen »systematischen Zusammenbruch in Verantwortungsbewusstsein und Ethik gegeben«.

Dazu kam auch ein eklatantes Auslassen von Aufsicht und Kontrolle. Laut Bericht habe es viele Warnzeichen gegeben, die eindeutig gewesen seien. »Die Tragik ist, dass sie ignoriert oder abgetan worden sind«, so Kommissions-Leiter Phil Angelides bei der Vorstellung des Berichts. Die Krise wäre vermeidbar gewesen. Die Last der Schuld wird von der Kommission auf viele Schultern verteilt: Banker, Politiker oder Finanzaufseher - alle hätten versagt.

**Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft, Nouriel Roubini und Stephen Mihm**, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2010

**Befreit die Welt von der US-Notenbank, US-Kongressabgeordneter Ron Paul**, deutsche Ausgabe 1.5.2010, Kopp Verlag, Rottenburg

**Kasino-Kapitalismus**, Prof. Dr. H.W. Sinn, Berlin 2009

**Der Dollar Crash, Ellen Hodgson Brown**, Rottenburg 2008

**Das Imperium der Schande, Jean Ziegler**, München 2007

---

2 Kurier, Freitag, 28.1.2011, Seite 13

**Mythos Informationsgesellschaft, Viktor Farkas, Rottenburg 2005**

**Die neuen Herrscher der Welt, Jean Ziegler, München 2005**

**Asoziale Marktwirtschaft, Hans Weiss / Ernst Schmiederer, Köln  
2004**

**Mit der Ölwanne zur Weltmacht, F. Wilhelm Engdahl, Rottenburg  
2001**

**Das System, Hans Herbert von Arnim, Rottenburg 2001**

**Jenseits von Angebot und Nachfrage, Wilhelm Röpke, Erlenbach-  
Zürich, 1958**

# 3. Die freie soziale Marktwirtschaft

## - der Weg in die Zukunft

Bei Diskussionen über die Wirtschaftsordnung werden regelmäßig nur zwei Ordnungsmodelle genannt, die schon **Walter Eucken** und andere beschrieben haben, nämlich einerseits die »Freie Verkehrswirtschaft« (auch »Marktwirtschaft«) und andererseits die »Zentralverwaltungswirtschaft« (auch »Planwirtschaft«). Die Theorie der Marktwirtschaft geht auf die Philosophen und Soziologen des 17. und 18. Jhd. zurück, die überzeugt waren, dass die Naturgesetze von Galilei und Newton auch für die Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften Gültigkeit hätten. Die Nationalökonomien der klassischen Schule stellten sich diese naturgesetzliche Ordnung als ein System der natürlichen Freiheiten vor, beruhend auf Privateigentum und freiem Wettbewerb. Diese Ordnung sollte automatisch die optimale Erzeugung und Verteilung von Gütern ermöglichen und größtmöglichen Reichtum für alle herbeiführen.

Inzwischen ist allerdings bekannt, dass dieser Automatismus nur bedingt funktioniert. Zwar weckt der freie Markt gleichgewichtsfördernde Kräfte, aber die Wiederherstellung eines neuen Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage nach eingetretenen Störungen - etwa technische Umwälzungen oder Katastrophen auf dem Finanzmarkt - ist meistens nur unter hohen Kapitalverlusten möglich und verursacht immer auch viel menschliches Elend, das nicht nur in Kapitalverlusten, sondern insbesondere auch im Verlust von Arbeitsplätzen besteht. Sehr oft führt dann der Kampf um das neue Gleichgewicht zu neuen Störungen.

**Röpke** bemerkt hierzu, dass der freie Markt einseitig jene Aktivität begünstigt, die Quelle des Gewinns ist, womit er sehr oft in lebenswichtigen Fragen die Gewichte verschiebt; Allgemeininteressen kämen im Konkurrenzkampf der einzelnen Wirtschaftssubjekte nicht zu Wort; der Markt würde damit für letzte wichtigste Entscheidungen unzuständig. Was maximiert wird, ergänzt **Kapp**, ist nicht die Gesamtbefriedigung der Gesellschaft, sondern sind privat austauschbare Nutzungen; was

dementsprechend auf ein Minimum gehalten wird, sind nicht die gesamten Stückkosten, sondern die Aufwendungen des Unternehmens. Der ungezügelter wirtschaftliche Konkurrenzkampf verursacht der Allgemeinheit also Verluste und Schäden, die insbesondere dort, wo es um die Ausbeutung des Menschen und der Naturschätze geht, unerträglich werden können. Wenn die Verfechter der Marktwirtschaft diese als den Preis bezeichnen, den die Gesellschaft während einer beschränkten Zeit zu zahlen hat, um auf die Dauer ein leistungsfähiges Wirtschaftssystem zu haben, so ist diese Anschauung nicht nur unmenschlich, sondern auch politisch in unserer Zeit und an unserem geographischen Ort nicht vertretbar. In der heutigen, immer komplexer werdenden Wirtschaftsstruktur, in welcher jede Störung weitere Störungen hervorruft und Einzelkatastrophen sofort die Harmonie der Gesamtwirtschaft desintegrieren, ist das Vertrauen auf den Automatismus des freien Marktes nicht mehr am Platze.

Die von den Kommunisten propagierte zentrale Verwaltungswirtschaft und ihr Programm steht heute nicht mehr zur Diskussion, nachdem das kommunistische Regime 1989 unterging. Der Dialektische Materialismus, ein eindimensionales Denken des Positivismus, und mit ihm der Kommunismus sind daher nicht - wie immer behauptet und mit Hegel begründet - das Ziel der geschichtlichen Entwicklung. Sie waren vielmehr eine notwendige Phase, die zeitlich vor der Synthese liegt. Ihre Bestimmung war es, durch eine Synthese mit der freien Marktwirtschaft, also mit einer Negation der Negationen, zum Entstehen der freien und sozialen Marktwirtschaft beizutragen.

An dieser Stelle verdient es hervorgehoben zu werden, dass diese Feststellung vom Philosophen **Dr. Christof Günzl** bereits 1962 getroffen wurde. Er führte damals wörtlich aus:

«Der Dialektische Materialismus und mit ihm der Kommunismus sind nicht das Ziel der geschichtlichen Entwicklung. Sie sind eine notwendige Phase, die zeitlich vor der Synthese liegt; ihre Bestimmung ist es, durch diese Synthese aufgehoben zu werden. Das Gesetz von der Negation, zu welchem sich der Dialektische Materialismus selbst bekennt, muss diese Lehre eines Tages aufheben!«

Mit dieser Feststellung übertraf **Dr. Günzl** bei weitem die Richtigkeit



der Einschätzung der Lage durch den amerikanischen Nationalökonom **Milton Friedman**, der etwa gleichzeitig, nämlich 1961, Folgendes ausführte: »Die Bewahrung und die Zunahme der Freiheit sind heute aus zwei Richtungen bedroht. Die eine Bedrohung ist klar und offensichtlich. Es ist dies die äußere Bedrohung durch die Männer im Kremel, die **unser Begräbnis prophezeien**. Die andere Bedrohung ist unterschwelliger. Es ist die Bedrohung von innen, die von den Menschen mit guten Absichten und gutem Willen ausgeht, die uns zu reformieren wünschen«<sup>3</sup>.

Die neue Wirtschaftsordnung übernimmt die hauptsächlichsten Elemente der freien Verkehrswirtschaft, wie zum Beispiel die freie Unternehmensinitiative, das Privateigentum, den Preisautomatismus aus Angebot und Nachfrage, sowie die stimulierende und regulierende Funktion des fairen Leistungswettbewerbs. Die freie soziale Marktwirtschaft stellt diese Einrichtungen oder Prinzipien aber in einen **überwirtschaftlichen Ordnungsrahmen** indem sie die staatliche Wirtschaftspolitik mit der Aufgabe betreibt, verschiedene wirtschaftliche Bereiche durch zentrale Regelungen und Gesetze zu ordnen und zu koordinieren. Diese Bereiche sind im Wesentlichen der Bereich der **Realwirtschaft** und der Bereich der **Finanzwirtschaft**.

1. Die Erhaltung einer stetigen Konjunktorentwicklung, insbesondere auch die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes durch die »antizyklische Konjunkturpolitik«, zu welcher insbesondere die Währungspolitik der Notenbank und die Budget-, Steuer- und Investitionspolitik gehören, sowie die Kontrolle der jeweils umlaufenden Geldmenge und deren Umlaufgeschwindigkeit.
2. Die Erhaltung der Geldwertstabilität, die nicht allein währungs- und budgetpolitische, sondern auch steuer- und sozialpolitische Maßnahmen erfordert und bald auch die Steuerung der Lohnpolitik unvermeidlich machen könnte. Das Lohnniveau und die von dort her gespeiste Nachfrage nach Konsumgütern sind nämlich die

---

3 Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit, Deutsche Ausgabe, Chicago, Illinois, 1971, Seite 257.

entscheidenden Faktoren für die Entwicklung des Geldwertes. Es läge also durchaus im Sinne des Konzepts einer Sozialen Marktwirtschaft, wenn der Staat in Kooperation mit den Sozialpartnern die Kollektivvertragshoheit ausübte und damit die Verantwortung für das Lohnniveau, dem wesentlichen Faktor des Geldwertes übernehme.

3. Die Festlegung von Einfuhrzöllen, Ausfuhrvergütungen, Investitionsanreizen und vieles Andere.
4. Die Gewährleistung eines fairen Leistungswettbewerbes bei völliger Startgerechtigkeit. Hierher gehören die Ausgestaltung des Wettbewerbs- und des Kartellrechts sowie steuerliche Maßnahmen und sonstige Vorkehrungen zur Verhinderung von Wettbewerbsverfälschungen.
5. Die Soziale Marktwirtschaft anerkennt die Forderung nach »Sozialer Sicherheit« und schließt die Sozialpolitik und das Bildungswesen in ihr System ein.
6. Auch die Strukturpolitik gehört hierher. Wirtschaftszweige oder Territorien, die unterentwickelt sind und aus eigener Kraft nicht den Anschluss an das allgemeine wirtschaftliche Niveau finden können, sind von Staats wegen in geeigneter Weise zu fördern. Hier können Subventionen, die sonst nicht zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gehören, sinnvoll sein.

Wenn man nun diesen Katalog von wirtschaftspolitischen Maßnahmen überblickt, die im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft als notwendig anerkannt werden, so erkennt man den großen Umfang dieser Aufgaben, die der Staat übernimmt und man könnte meinen, dass ein Staat, dem man alle diese Aufgaben überträgt, ebensoviel Macht erlangt wie der Staat, der Herr über eine »Zentralverwaltungswirtschaft« ist.

Dieses Dilemma ist den Schöpfern und Gestaltern der Sozialen Marktwirtschaft durchaus bewusst. Sie suchen daher nach einem Träger des Ordnungsrahmens, den diese Wirtschaftsform voraussetzt, und stoßen

dabei auf die »Gesellschaft« und deren Ordnungssystem. Hierüber sind sich Theorie und Praxis einig: Während **Röpke** sich dahin äußert, dass der Markt nicht die Gesellschaft als Ganzes erschöpfen und bestimmen könne, sondern nur ein Ausschnitt, allerdings ein sehr wichtiger Ausschnitt aus ihr sei, betonte der bundesdeutsche Wirtschaftsminister **Ludwig Erhard**, dass die Marktwirtschaft als eine ganzheitliche Wirtschaftspolitik zu sehen sei, für die die Gesellschaftspolitik den umfassenden Rahmen zu setzen habe, und dass es gelte, die Form der künftigen Gesellschaftspolitik zu bestimmen, die die Funktion der Sozialen Marktwirtschaft zu ergänzen und fortzugestalten vermöge. Und er sagte wörtlich: »Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln«.

Unterstützt wird allerdings die oben geschilderte Rolle des Staates durch **Keynes**, dessen zentrale Botschaft seiner General Theory of Employment, Interest and Money darin besteht, dass das marktwirtschaftliche System auch bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht automatisch zur Vollbeschäftigung tendiert, wie es das Saysche Theorem behauptet. Vielmehr kann es auch langfristig in einem Zustand der Unterbeschäftigung verharren; in diesem Fall soll der Staat (Regierung und Notenbank) zu finanz- und geldpolitischen Mitteln greifen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder an das Niveau heranzuführen, bei dem Vollbeschäftigung herrscht, wobei selbstverständlich davon auszugehen ist, dass die jeweilige Volkswirtschaft auch Handelsbeziehungen zum Rest der Welt unterhält.

Damit ist das Thema »Gesellschaftspolitik« erreicht. Die Struktur der Gesellschaft und deren Ordnungskräfte setzen den rechtlichen Rahmen, in den die Wirtschaft eingefügt ist. Die Wirtschaftslehre wird zur Partnerin der Soziologie und der Justiz!

Die Frage einer ganzheitlichen Gesellschaftsstruktur ist oben bereits behandelt worden und wurde auch schon vor vielen Jahren von **Othmar Spann und Walter Heinrich** wissenschaftlich abgehandelt. Demnach ist die Gesellschaft weder eine amorphe Anhäufung von eigenständigen Individuen, noch ein sozialer Organismus, der die Einzelindividuen zu bloßen »Zellen« ohne jede Eigenständigkeit herabdrückt, sondern sie ist die Integration eigenständiger Personen und gesellschaftlicher Gruppen

zu einem größeren, hierarchisch aufgebauten ganzheitlichen System, das sich nach dem Subsidiaritätsprinzip durch **Freiheit in der Ordnung** auszeichnet.

Erfreulicherweise wurde von **Dr. Heinz Fischer**, dem Bundespräsidenten von Österreich, der aufgezeigte Weg in die Zukunft bestätigt indem er anlässlich seiner Neujahrsansprache am 1.1.2010 erklärte: »Aus gutem Grund ist die Soziale Marktwirtschaft die gemeinsame Grundlage unserer Wirtschaftsphilosophie und sie ist etwas ganz anderes als Maßlosigkeit und Rücksichtslosigkeit bei der Jagd nach dem schnellen Geld. Wir brauchen nämlich beides: eine leistungsfähige und eine menschliche Gesellschaft.«

Hierzu passt eine Feststellung, die am 16.2.2010 in den »Vertraulichen Mitteilungen« anlässlich der Harz-IV-Debatte getroffen wurde: »Eine soziale Marktwirtschaft wie Deutschland kann nur funktionieren, wenn es genügend Menschen gibt, die arbeiten, dabei hinreichend Geld verdienen oder Gewinne machen und schließlich einen Teil davon - mehr oder weniger freiwillig - dem Staat zur Verfügung stellen. Dabei braucht es eine Balance zwischen sozialen Komponenten und der Möglichkeit, das selbst Erarbeitete auch zu einem großen Teil selbst genießen zu dürfen. Ist die Abgabenlast schließlich zu hoch, fragen sich immer mehr Menschen, wozu sie überhaupt noch viel arbeiten sollen und das ganze System wird außer Kontrolle geraten!«



Buch jetzt bestellen!  
Versandkostenfrei!

## Interesse geweckt?

Ein Plädoyer für die freie soziale Marktwirtschaft

*Dr. Dr. Silvio Ernst Unterguggenberger*

## Die Rolle der Kybernetik als Weg aus der Wirtschaftskrise

Synergia Verlag, 2013, ca. 228 S., kartoniert  
ISBN: 978-3-93-9272-73-1      **14,90 €**